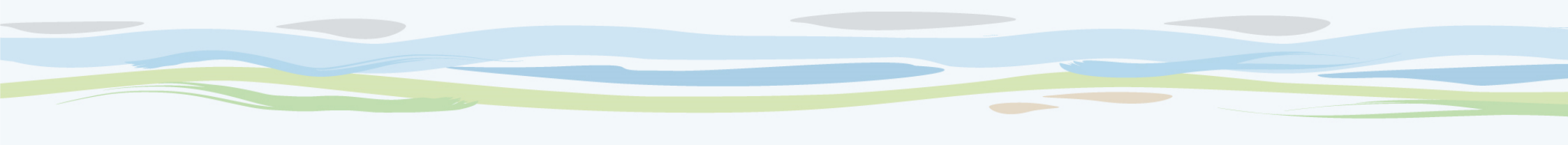


Sitzung der agw-AG „Hochwassermanagement“ am 11. Dezember 2013 in Bergheim

- Beratung der Reaktionen auf die zum Jahresende 2013 offiziell zu veröffentlichenden Hochwasserrisiko- und Gefahrenkarten
- Abstimmung des weiteren Vorgehen
- Verschiedenes



Ancheiner Nachrichten

Überschwemmungsgebiete: Still an den Bürgern vorbei

Von: Thorsten Pracht
Letzte Aktualisierung: 5. November 2013, 19:25 Uhr



Achtung, Hochwasser: Dieses Foto entstand im Januar 2011 in Aachen-Kornelimünster. Wer sich einen Überblick über die neuen Überschwemmungsgebiete verschaffen will, kann dies auf der Homepage der Bezirksregierung Köln tun. Foto: Ralf Roeger

KREUZAU/KÖLN. In der Zeitung möchte keiner der Betroffenen seinen Namen lesen. Wo Privatleute noch Unternehmen. Zu viel hänge davon ab, sagen sie. Im Kampf um die Grund und Boden möchte es sich niemand mit den Behörden verschmerzen. Sie, das sind Bürger, die auf ihrem Grundstück ein Haus errichten wollen. Oder Betriebe, die eine Lagerhalle benötigen, die auf dem eigenen Firmengelände Platz finden soll.

Aber die Kommune kann in diesen Fällen keine Baugenehmigung erteilen, weil die Bezirksregierung Köln diese Grundstücke inzwischen zum Überschwemmungsgebiet erklärt hat. „Um die Bürger vor den direkten Gefahren durch Hochwasser zu schützen, wird in einem festgesetzten

Ancheiner Nachrichten

Überschwemmungsgebiet: Freude über Discounter wegspült

Von: Ingo Latotzki
Letzte Aktualisierung: 6. Dezember 2013, 15:11 Uhr



Die CDU-Politiker Stefan Weschke und Ralph Schauerte vor dem Grundstück in Niederau. Foto: Ingo Latotzki

DÜREN. Dass in Niederau ein großer Discounter gebaut werden soll, ist eigentlich ausgemachte Sache. Ein Markt, in dem die Menschen den täglichen Bedarf decken, fehle, sagt Ralph Schauerte, der Bezirksausschussvorsitzende in Niederau. Der Bebauungsplan ist geändert, ein Betreiber steht parat. Doch nun sieht es so aus, als würde Dürens südlicher Stadtteil weiter auf einen Discounter warten müssen.

Auf dem Grundstück an der Ecke Cyriakusstraße/Kreuzauer Straße geht es nicht mehr. Die Bezirksregierung Köln hat das Land zum Überschwemmungsgebiet erklärt. Und da ist Bauen verboten. Ralph Schauerte versteht die Welt nicht mehr. Seit 67 Jahren wohne er in Niederau. Noch nie habe er im Drover Bach Wasser gesehen.

Ancheiner Nachrichten

Eifeler Allianz gegen Brüsseler Wasserpläne

Von: Thorsten Pracht
Letzte Aktualisierung: 13. November 2013, 18:57 Uhr



Es ist Druck auf dem Ventil: Die Kommunen an Urft (Foto, bei Kall) und Olef haben sich in Sachen Hochwasserschutz zusammengeschlossen. Foto: dpa

KÖLN/KREUZAU/HELLENTHAL. Die Bezirksregierung Köln hat auf den Bericht unserer Zeitung über die Ausweisung von Überschwemmungsgebieten („Still, leise und an den Bürgern vorbei“) und die darin geäußerte Kritik an ihrer Informationspolitik reagiert.

„Fakt ist, dass die Bezirksregierung Köln einen gesetzlichen Auftrag hat, die Überschwemmungsgebiete festzusetzen. Fakt ist weiter, dass alleine die Bezirksregierung Köln seit Jahren die Kommunen im Vorfeld der eigentlichen Festsetzungsverfahren beteiligt und informiert hat“, sagt Behördensprecher Oliver Moritz.

Seitdem die Verfahren liefen, habe man regelmäßig über die Festsetzungen und deren Folgen informiert. „Offensichtlich hat man es in Kreuzau versäumt, die Bürger gleichermaßen offensiv zu informieren“, sagt Moritz und bezieht sich damit auf Aussagen von Siegfried Schmitz, der Allgemeiner Vertreter des Kreuzauer Bürgermeisters ist und in unserem Bericht die Festsetzungen als nicht nachvollziehbar bezeichnet hatte.

13.11.2013

Birtener wollen kein Überschwemmungsgebiet

Die geplante Ausweisung greife in Eigentumsrechte ein. Auch die Stadtverwaltung äußert sich ablehnend.

VON JOSEF POGORZALEK

Birten Die geplante Ausweisung eines Überschwemmungsgebiets entlang des Winnenthaler Kanals in Birten stößt auf Ablehnung.

Die Stadtverwaltung hat eine geharnischte Stellungnahme an die Bezirksregierung formuliert, in der sie unter anderem einen Eingriff in ihre Planungshoheit kritisiert.

Auch Birtener haben sich schriftlich ablehnend gegenüber der Bezirksregierung geäußert.

Wie berichtet ist die Bezirksregierung nach dem Wasserhaushaltsgesetz zum Ausweisen von Überschwemmungsgebieten verpflichtet.

Es geht dabei um Gewässer außerhalb von Deichen, für die rechnerisch Hochwasser ermittelt wurden, wie sie sich rein statistisch einmal in 100 Jahren ereignen.

Wird das Überschwemmungsgebiet festgesetzt, zieht dies eine Reihe von

Einschränkungen nach sich. Unter anderem dürfen keine Baugebiete ausgewiesen werden.

Die Stadtverwaltung bezweifelt unter anderem die Richtigkeit der Grundlagendaten für das angenommene Hochwasser und kritisiert, „dass sich eine über jahrzehnte gewachsene Siedlung mit dazugehöriger Infrastruktur nicht mehr weiterentwickeln lässt“.

Die kommunale Planungshoheit werde außer Kraft gesetzt, die Bürger würden bevormundet.

Der FBI, dem Bezirksausschussvorsitzenden Hermann Janßen (CDU) sowie vielen Birtenern geht die Stellungnahme der Stadtverwaltung nicht weit genug.

„Die Stadt sollte mit den Bürgern gegen die Ausweisung des Überschwemmungsgebiets klagen“, sagte Janßen gestern. Zusammen mit Hans-Peter Feldmann (FBI) forderte er außerdem, dass der Bergbau sowie die Lineg mit in die Pflicht genommen werden

müssen. Der Bergbau habe zu Bodensenkungen in Birten geführt, von denen bei der Erteilung der Genehmigung seinerzeit nicht die Rede gewesen sei.

Die Lineg sei verpflichtet, den Flurabstand (Höhenunterschied zwischen der

Erdoberfläche und einer Grundwasseroberfläche) bei 3,50 Metern zu halten. Und: Die „Oberlieger“, die Wasser in den Winnenthaler Kanal einleiten (Kamp-Lintfort, Rheinberg, Alpen) müssten mit dafür sorgen, dass der Wasserlauf in Birten nicht überläuft.

„Die Stadt ist für den Hochwasserschutz in Xanten selbst verantwortlich. Auch das sollte die Verwaltung in ihre Erklärung aufnehmen“, sagte Feldmann.“

Hermann Janßen gab zusätzlich zu bedenken, dass in dem zur Ausweisung stehenden

Gebiet in den vergangenen Jahren viele Häuser entstanden seien. „Der Wert des Eigentums der Leute wird nachträglich gemindert. Dafür müsste es Entschädigungen geben.“

Allgemein kritisierten sie, dass es keine Bürgerversammlung zu diesem komplizierten Thema gegeben hat.

Der Rat entscheidet heute über die Stellungnahme der Stadt. Die Sitzung im Rathaus beginnt um 17 Uhr.